

Beschluss (vorläufig) Unsere Gleichstellungspolitik für BW auf neue Herausforderungen anpassen und aktualisieren

Gremium: 41. Landesdelegiertenkonferenz in Donaueschingen
Beschlussdatum: 25.09.2022
Tagesordnungspunkt: V Sonstige Anträge und Resolutionen

1 Wir GRÜNEN in Baden-Württemberg arbeiten seit unserer Gründung an dem Ziel der
2 Gleichstellung der Geschlechter. Leider sind wir von diesem Ziel nach wie vor
3 noch weit entfernt. Weltweit stehen der Feminismus und der Kampf für die
4 Gleichberechtigung aller Geschlechter unter Beschuss. Frauenrechte werden
5 weltweit beschnitten, der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat die
6 humanitäre Lage zugespitzt, und die Klimakrise und auch die Corona-Pandemie
7 haben insbesondere die Lage von Frauen und marginalisierten Gruppen verschärft.

8 Wir in Baden-Württemberg müssen unsere Gleichstellungspolitik fortschreiben und
9 an die multiplen Krisen anpassen. Geschlechtergerechtigkeit ist ein
10 gesellschaftliches Querschnittsthema, daher bringen wir eine übergreifende, auf
11 alle Ebenen wirkende Gleichstellungsstrategie auf den Weg. Diese ist fest im
12 Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2021-2026 verankert: „Unser Ziel ist
13 die umfassende Gleichstellung von Frauen und Männern in allen
14 gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen und
15 digitalen Belangen. Deshalb werden wir eine ressortübergreifende
16 Gleichstellungsstrategie für Baden-Württemberg entwickeln.“ Darüber hinaus
17 fordern wir analog zum Klimavorbehalt einen Gleichstellungsvorbehalt. Das heißt
18 konkret: Alle politischen Entscheidungen und Gesetze müssen zukünftig auf ihre
19 geschlechtsspezifischen Auswirkungen hin geprüft werden.

20 Das Sozialministerium veröffentlicht im Frühling 2023 eine Studie, die als
21 Bestandsaufnahme zur Lage der Gleichstellung im Land dienen soll. Wir als
22 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN formulieren gleichzeitig weitere Instrumente, Projekte und
23 Maßnahmen, die uns zu diesem Ziel führen.

24 Gleichstellung in den Landesbehörden

25 Ziel ist, dass die Landesbehörden ein Klima schaffen, das die Gleichstellung der
26 Geschlechter vorlebt und auch in der Umsetzung der Gesetzesvorhaben
27 Gleichstellung überall mitdenkt. Hierzu nehmen wir uns in den Landesbehörden
28 folgendes vor:

- 29 • Wir entwickeln das Chancengleichheitsgesetz auf Basis von
30 Evaluationsergebnissen kontinuierlich weiter.
- 31 • Auf Führungsebene streben wir bis 2030 an, 50% der Stellen mit Frauen
32 besetzt zu haben. Teilzeitmodelle dürfen keinen Karriere-Hinderungsgrund
33 mehr darstellen, sondern sollen von allen Geschlechtern gleichermaßen in
34 Anspruch genommen werden.
- 35 • Um Gleichstellung in allen Projekten der Landesregierung einzuplanen, ist
36 der Gender-Budgeting-Ansatz essentiell. Dabei gilt es, innerhalb der
37 ministeriellen Ausgaben die Auswirkungen auf alle Geschlechter genau unter
38 die Lupe zu nehmen und Geschlechtergerechtigkeit als Voraussetzung für
39 alles, beispielsweise zur Auswahl von Projekten bei Ausschreibungen,

40 ähnlich dem Klima-Check, einzuführen. Dazu wollen wir den Haushalt,
41 Doppelhaushalt und Konjunkturpakete nach Gender-Budgeting-Richtlinien
42 aufstellen sowie einen 2-jährigen Gender-Budgeting-Bericht einführen.

- 43 • Das Landesamt für Statistik soll bei der Datenerfassung ab dem
44 nächstmöglichen Zeitpunkt die Kategorie „divers“ einführen, um die
45 Vielfalt der Geschlechter besser abzubilden.
- 46 • Um die Gleichberechtigung innerhalb von Behörden weiter voranzutreiben,
47 ist die Einführung von Pflichtweiterbildungen und Seminaren zur
48 Gleichstellung und zur Prävention von Sexismus und sexualisierter Gewalt
49 zunächst für Führungskräfte unumgänglich.
- 50 • Auch Fonds, in die das Land investiert, sollten auf ihre Auswirkung auf
51 die Geschlechtergerechtigkeit geprüft werden.
- 52 • Um den Bereich der Gleichstellung in jedem Ressort mitdenken und
53 bearbeiten zu können, braucht es Expertise und Kapazitäten. Eine
54 hauptamtliche Gleichstellungsstelle in jedem Ministerium, die mit
55 ausreichenden Stellenanteilen und Ressourcen ausgestattet ist und in
56 Entscheidungsprozesse involviert wird, ist für eine umfängliche
57 Gleichstellungsstrategie essentiell.
- 58 • Wir setzen uns für eine gendergerechte Sprache ein, auch in
59 Gesetzestexten.

60 Grüne Frauenpolitik für flächendeckende Sicherheit und Grundversorgung

61 Ziel ist es, dass sich alle Menschen sicher im öffentlichen Raum fühlen, vor
62 Gewalt geschützt werden und wir eine Gesundheitsversorgung vorhalten, die die
63 Bedarfe aller Geschlechter angemessen berücksichtigt.

64 Mögliche Maßnahmen hierzu sind:

65 Gesundheit

- 66 • Drohende und bestehende Unter- und Fehlversorgung in
67 geschlechtsspezifischen Bereichen der Gesundheitsversorgung müssen
68 analysiert und behoben werden. Dazu gehört unter anderem die angespannte
69 Situation im gesamten Sektor rund um Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett
70 oder auch die Tatsache, dass in den nächsten 10-15 Jahren rund ein Drittel
71 aller niedergelassenen Frauenärzt*innen in den Ruhestand gehen.
- 72 • Ungewollt Schwangere benötigen sicher und schnell fachliche Informationen
73 und Beratung zu operativen und medikamentösen Abbrüchen. Sie brauchen
74 einen gesicherten, zeitnahen Zugang zu einem Schwangerschaftsabbruch. Das
75 Land muss seinem Versorgungsauftrag für die Beratungsstellen und
76 Einrichtungen zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen nachkommen. Dazu
77 wollen wir gemeinsam mit Fachärzt*innenverbänden, Beratungsstellen und
78 weiteren Beteiligten an der flächendeckenden Versorgung arbeiten sowie
79 Unikliniken in die Versorgung einbeziehen.
- 80 • Über den Ausschuss Rettungswesen (Bund-Länder Ausschuss) soll die
81 rettungsdienstliche Ausbildung dahingehend geändert werden, dass

- 82 geschlechtersensible Aspekte in der psychosozialen und medizinischen
83 Betreuung abgedeckt werden.
- 84 • Wir wollen Psychotherapie-, Sucht- und Psychiatrieplätze ausbauen und
85 Hürden für neue geschlechtersensible Angebote in diesen Bereichen abbauen.
 - 86 • Kostenlose Hygieneprodukte sollen für alle öffentlichen
87 Landeseinrichtungen finanziert werden.
 - 88 • Ein Lehrstuhl zu Gendermedizin soll eingerichtet werden, an diesem soll
89 beispielsweise zu weiblicher Genitalverstümmelung aber auch zu
90 geschlechtsspezifischen Ausprägungen und Behandlungsformen von Krankheiten
91 geforscht werden.

92 Sicherheit

93 Wir bringen die Umsetzung der Maßnahmen und Ziele der Istanbul-Konvention
94 konsequent voran. Das heißt:

- 95 • Frauenhäuser müssen gefördert und ausgebaut werden, denn die Zahl der
96 schutzsuchenden Frauen steigt. Hierzu bedarf es neuer Kriterien, anhand
97 welcher festgelegt wird, wo es Bedarf an Schutzräume gibt. Es braucht
98 zudem Pauschalbeiträge, die gänzlich unabhängig vom Einzelfall sind und
99 nicht an einen Sozialleistungsanspruch geknüpft sind. Kostenteilung darf
100 nicht dazu führen, dass manche Kommunen aufgrund finanzieller
101 Herausforderungen keine Schutzräume für Frauen anbieten können. Weiterhin
102 sollten die bürokratischen Prozesse bei der Aufnahme abgebaut werden, um
103 Frauen zügiger Schutz bieten zu können.
- 104 • Wir werden Beratungsstellen für Opfer von häuslicher und sexualisierter
105 Gewalt flächendeckend ausbauen und bedarfsgerecht ausstatten.
- 106 • Wir wollen weitere 24h-Gewaltambulanzen in Vergewaltigungsfällen durch die
107 Unterstützung von Rechtsmediziner*innen zur Beweissicherung landesweit
108 einführen.
- 109 • Beratungsangebote, Forschungsarbeit und Monitoring zu Hate Speech,
110 Cybersicherheit, sexualisierter Gewalt und Antifeminismus sollen ausgebaut
111 und an den digitalen Raum angepasst werden.
- 112 • Mädchen und Frauen mit Behinderung brauchen besonderen Schutz vor Gewalt.
113 Bewährte Strategien der Prävention oder Bewältigung von sexualisierter
114 Gewalt können nicht unmittelbar auf die Situationen behinderter Frauen
115 übertragen werden. Daher müssen neue und angepasste Schutzstrategien
116 entwickelt und gefördert werden.
- 117 • Wir setzen uns für verpflichtende Fortbildungen zur Sensibilisierung von
118 Blaulichtbereichen ein (Feuerwehr, Polizei, Notdienst) zur Erkennung von
119 Anzeichen für häusliche oder sexualisierte Gewalt und zum Umgang damit.
- 120 • Wir möchten verstärkt in die Täter*innenprävention investieren und
121 psychotherapeutisches Angebot ausbauen. Darüber hinaus braucht es auch

122 Präventionsangebote für Menschen, die Neigungen zu Gewalt o.ä. bei sich
123 wahrnehmen, aber noch keine Straftat begangen haben.

124 • Den Kommunen und/oder Landkreisen soll ein Raster zum subjektiven
125 Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum zur Verfügung gestellt werden,
126 um Aspekte wie Beleuchtung und Belebung zu evaluieren und entsprechende
127 Gegenmaßnahmen in die Wege zu leiten.

128 • Wir kämpfen entschieden gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung.
129 Menschen in der Prostitution wollen wir vor Ausbeutung und Ausgrenzung
130 schützen. Deshalb werden wir Beratungsangebote ausbauen und
131 Ausstiegsprogramme, die Alternativen aufzeigen, finanziell besser
132 ausstatten.

133 Integration

134 • Geflüchtete Frauen müssen direkt bei der Aufnahme entlastet und
135 unterstützt werden. Dazu sollte das Land kommunale Heime und Träger vor
136 Ort sowie die Landeserstaufnahmestellen mit Angeboten für Psychotherapie,
137 Kinderbetreuung, ärztliche Behandlung und ausreichenden Hygieneartikeln
138 ausstatten und finanziell stärken.

139 • Wir GRÜNEN wollen verstärkt auf Bundesebene für sichere, legale Fluchtwege
140 für Frauen aus Kriegsgebieten entstehen und Ländern, in denen Frauenrechte
141 systematisch verletzt werden. Dazu gehört auch die Anerkennung von
142 geschlechtsspezifischer Verfolgung als Fluchtgrund.

143 • Sprachkurse für geflüchtete Frauen sollen barrierefrei gestaltet werden,
144 indem u.a. Kinderbetreuung bei Angeboten mitgedacht wird.

145 • Wir setzen uns für eine Übersetzung der Formulare und Informationen zu
146 Sozial- und Gesundheitsleistungen in alle relevanten Sprachen ein. Dies
147 würde vor allem weiblichen Geflüchteten und Migrantinnen zugutekommen, die
148 meist weniger Zeit oder Zugang zu Sprachförderung haben und stärker unter
149 sozialer Isolation leiden.

150 Grüne Frauenpolitik zur Stärkung von Demokratie und Teilhabe

151 Ziel ist es, die Teilhabe am öffentlichen Leben und am demokratischen
152 Miteinander allen Geschlechtern in unserer Gesellschaft zu ermöglichen.

153 Mögliche Maßnahmen hierzu sind:

154 Bildung und Wissenschaft

155 • Wir setzen uns gemeinsam mit dem Kultus-, Wirtschafts- und
156 Wissenschaftsministerium in der Berufsorientierung an Schulen für eine
157 verstärkte Bewerbung von MINT-Berufen und überwiegend männlich belegten
158 Ausbildungen für junge Frauen ein.

159 • Schulleitungen sind potenzielle Multiplikator*innen für mehr
160 Gleichstellung. Hierzu bedarf es mehr Weiterbildungs- und
161 Sensibilisierungsangeboten zum Thema Gleichstellung und Prävention von

162 Sexismus und sexualisierter Gewalt die sich auch an Lehrkräfte und
163 Schüler*innen richten.

164 • Wir wollen den Frauenanteil in den Hochschulräten auf 50% anheben und eine
165 breitere Definition dieser 50% ermöglichen, um auch diverse Menschen zu
166 berücksichtigen.

167 • Das Land fördert Studien, Programme und Maßnahmen zur Bekämpfung der
168 "Leaky Pipeline", einen mit jeder Karrierestufe abnehmende Frauenanteil,
169 die für unsere Wissenschafts- und Hochschullandschaft prägend ist.

170 • Stereotype Vorstellungen von und Erwartungen an Jungen und Mädchen, sind
171 Grundlagen für die Benachteiligungen zwischen den Geschlechtern. Diesen
172 können und müssen wir bereits früh im Bildungszyklus entgegenwirken. Der
173 Bildungsplan für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt aus dem Jahr 2016 ist
174 sicherlich ein guter Ansatz, muss aber weiterentwickelt werden und unter
175 anderem über die Aus- und Fortbildung des pädagogischen Personals Eingang
176 in die Praxis finden.

177 Partizipation

178 • Wir möchten Projekte zur Förderung der Partizipation von Mädchen und
179 jungen Frauen in der Politik stärken, beispielsweise in
180 Jugendgemeinderäten.

181 • Anreize und Beispiele weiblicher Vorbilder auf Informations- und
182 Kommunikationsmaterialien sollen geschaffen werden, vor allem in
183 überwiegend männlich geprägten Bereichen wie beispielsweise der
184 Freiwilligen Feuerwehr.

185 • Wir setzen uns für eine Stärkung der Polizei- und Bürger*innenbeauftragten
186 durch personelle und sachliche Mittel, sowie einem Recht auf
187 Akteneinsicht, Auskunft gegenüber der Polizei, und Zutritt zu allen
188 öffentlichen Einrichtungen ein.

189 • Wir wollen uns auf allen politischen Ebenen für die rechtlich-gesicherte
190 Einführung paritätischer Listenaufstellungen einsetzen.

191 • Die Förderung sowie Teilhabemöglichkeiten von Frauen und Mädchen in
192 Sportvereinen sollen gestärkt werden.

193 • Neue niedrigschwellige Angebote bei Bürger*innenbeteiligungen sollen
194 geschaffen werden, um beispielsweise digital eine schnelle und
195 unkomplizierte Einbringung zu ermöglichen, denn Frauen haben (u.a. durch
196 höhere Zeitinvestitionen von Care-Arbeit) durchschnittlich weniger Zeit im
197 Alltag.

198 Klima und Verkehr

- 199 • Wir möchten nachhaltige Mobilität weiter ausbauen, da Frauen
200 überdurchschnittlich von einem gut ausgebauten ÖPNV und sicheren Fuß- und
201 Radwegen profitieren.
- 202 • Bei der Verkehrsplanung sollen verstärkt komplexe Wegketten berücksichtigt
203 werden (z.B. Kita, Schule, Sportverein, Einkauf), die aktuell vor allem
204 von Frauen zurückgelegt werden.
- 205 • Wir wollen unterschiedliche Konsequenzen und Herausforderungen für Frauen
206 in der neuen Anpassungsstrategie zur Klimakrise für Baden-Württemberg
207 berücksichtigen.
- 208 • Energiegenossenschaften und Bürger*innenenergie sollen weiter gestärkt
209 werden, denn diese Modelle sind oft Orte des gleichgestellten Engagements
210 von Frauen, u.a. aufgrund ihrer demokratischen Strukturen.
- 211 • Der Landesentwicklungsplan sollte so überarbeitet werden, dass
212 Geschlechteraspekte, insbesondere die Lebensrealitäten von Frauen,
213 berücksichtigt werden. Es braucht eine feministische Raumplanung, die
214 beispielsweise Wohnkontingente für Alleinerziehende, Housing First Ansätze
215 sowie Rückzugsräume für Frauen in öffentlichen Einrichtungen wie
216 beispielsweise Bahnhöfen mitdenkt.

217 Grüne Frauenpolitik für gute Arbeit

- 218 Ziel ist es, den Gender-Pay-Gap, die Minijobfalle und weitere
219 arbeitsmarktpolitische Schieflagen in Baden-Württemberg gemeinsam mit unserer
220 Bundesregierung zu beheben.
- 221 • Wir wollen bezahlte und unbezahlte Care-Arbeit aufwerten und anerkennen.
222 Dazu gehört unter anderem die Pflege zu stärken, deren Ausstattung zu
223 verbessern und mehr Einstellungen durch Anreize und berufsbegleitende
224 Modelle zu ermöglichen. Besonders setzen wir uns für eine
225 Besoldungserhöhung von mehrheitlich weiblichen Berufsgruppen ein, für die
226 das Land Arbeitgeber ist.
 - 227 • Wir wollen den Hebammenberuf attraktiver gestalten sowie weiter
228 unterstützen (sowohl während der Ausbildung sowie als Arbeitnehmer*in mit
229 besseren Arbeitsbedingungen und höheren Löhnen).
 - 230 • Das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz soll geändert werden, um
231 regionale Tarifverträge einzuführen sowie den vergabespezifischen

- 232 Mindestlohn (jeweils die unterste Entgeltgruppe des Tarifvertrags des
233 öffentlichen Diensts) einzuführen.
- 234 • Zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt treiben wir den
235 Ausbau der Kinderbetreuung voran.
- 236 • Der im Koalitionsvertrag angekündigte Lohnatlas für Baden-Württemberg, um
237 regionale und branchenspezifische Lohnungleichheiten zu beleuchten, muss
238 angegangen werden.
- 239 • Frauen sind als Unternehmerinnen unterrepräsentiert. Daher müssen wir
240 Frauen als Gründerinnen und Unternehmerinnen fördern und stärken.
- 241 • Wir wollen Schutzmaßnahmen für saisonale Fachkräfte in der Landwirtschaft
242 sowie ausländische Pflegefachkräfte ausweiten, indem beispielsweise
243 bestehende Anlauf- und Beratungsstellen ausgebaut und Dolmetscher*innen
244 eingesetzt werden. Der Beratungsbedarf wird mit Blick auf die zahlreichen
245 Frauen aus der Ukraine weiter steigen und es gilt, diese Frauen vor
246 prekären Arbeitsbedingungen zu schützen.
- 247 • Wir wollen die Teilzeitausbildungsmöglichkeiten in Baden-Württemberg
248 stärken, inklusive in dualen Hochschulen und eine Erweiterung des
249 Netzwerks Teilzeitausbildung auf weitere Bereiche, die über die sozialen
250 Berufe hinausreichen. Dies sollte mit entsprechender finanzieller und
251 struktureller Unterstützung einhergehen.
- 252 • Das Programm „Kontaktstellen Frau und Beruf“ zum Wiedereinstieg in das
253 Berufsleben, sowie anderer Förderprogramme des Landes mit Bezug auf Beruf
254 und Geschlecht sollen evaluiert werden.
- 255 • In der Arbeitslosenstatistik des Landesamt für Statistik sollen zukünftig
256 zusätzliche Informationen und Details mit veröffentlicht und transparent
257 kommuniziert werden, wie z.B. die Zahl der Minijobs, um
258 geschlechtsspezifischer Unterbezahlung oder Altersarmutsgefährdung
259 strukturell frühzeitig entgegenzuwirken.